

Multipel, komplex und oft übersehen

Gerechtigkeit(en) in Beteiligungsverfahren

Stefanie Baasch

1. Einleitung

Als 1992 auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio erstmalig auf internationaler politischer Ebene eine verstärkte Beteiligung der Bevölkerungen als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt und gefordert wurde (Vereinte Nationen 1992), haben sich Partizipationsverfahren zu einem etablierten Bestandteil im Kontext umwelt- und klimarelevanter Maßnahmen entwickelt. Die Anwendungsbereiche sind dabei vielfältig. Beteiligungsverfahren finden sich bspw. in der der Stadt-, Regional- und Infrastrukturplanung, im Bereich der Meinungsbildung bei Transformationsprozessen (wie Energiewende oder Klimaschutz) oder zur Sondierung der Akzeptanz von politischen Entscheidungen – Bürger:innen und Betroffene sollen informiert, aufgeklärt, motiviert und gehört werden. In der Regel geht es dabei um konkrete Planungsfragen (bspw. der Quartiersentwicklung) oder die Umsetzung von geplanten Vorhaben (wie die Errichtung von Windrädern oder der Ausbau von Stromtrassen), wobei Partizipation vor allem eine funktionale Rolle bei der Akzeptanz(be)schaffung zukommt (Walk 2013). Partizipation ist aber nicht nur *top-down* initiiert, auch seitens der Bürger:innen besteht die Forderung nach Mitsprache und Beteiligung, insbesondere wenn sie von Entscheidungen persönlich betroffen werden (Streicher/Frey/Osswald 2012). Ob und unter welchen Bedingungen Partizipation zu gerechteren Entscheidungen beiträgt oder ob sie sogar eher bestehende Ungleichheiten verstärken kann, ist jedoch umstritten (Few/Brown/Tompkins 2007). Parallel zur immer größeren Verbreitung von Partizipationsprozessen haben auch kritische Perspektiven, vor allem aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, verstärkt Mängel der konzeptionell-methodischen Gestaltung

und Umsetzung von Beteiligungsverfahren in den Blick genommen (Baasch/Blöbaum 2017).

Dieser Beitrag befasst sich vertiefend mit dem Aspekt *Gerechtigkeit in Partizipationsprozessen*, der bisher in der Partizipationspraxis kaum oder nur oberflächlich berücksichtigt wird. Insbesondere fehlen zumeist differenziertere Betrachtungen von Gerechtigkeitskonzeptionen und -bewertungen, die über den unspezifisch-normativen Anspruch an Beteiligungsverfahren, ›fair‹ und ›gerecht‹ zu sein, hinausgehen. Durch diese verengte Perspektive können allerdings Konfliktpotenziale, die auf unterschiedlichen oder konträren Gerechtigkeitsbewertungen beruhen, in Partizipationsprozessen übersehen oder ausgeblendet werden. Warum eine differenzierte Herangehensweise bedeutsam ist und welchen zentralen Stellenwert Gerechtigkeitsfragen in Partizipationsprozessen einnehmen, wird im Folgenden anhand einer interdisziplinären Betrachtung von Umweltgerechtigkeit aufgezeigt.¹ Gerechtigkeit wird dabei nicht als ein objektiver oder objektivierbarer Tatbestand betrachtet, sondern als subjektiv geprägte Gerechtigkeitswahrnehmungen, die auf sowohl rationalen als auch emotionalen Abwägungsprozessen beruhen (Kals/Russel 2001).

Hierfür werden zunächst kurz die für umwelt- und klimabezogenen Partizipationskontexte relevanten *Gerechtigkeitskonzepte* und *Gerechtigkeitsverständnisse* erläutert. Im Anschluss zeigt der Beitrag einen komprimierten Einblick in Partizipation in Umwelt- und Klimakontexten und benennt zentrale sozialwissenschaftlichen Kritikpunkte. Anschließend wird die Rolle von Gerechtigkeit in Partizipationsprozessen diskutiert und anhand von Beispielen von Beteiligungsverfahren aus Klima-, Umwelt- und Stadtentwicklungskontexten illustriert. Vertiefend werden hierbei zwei Prozesse in den Blick genommen: erstens, Partizipationsprozesse im Kontext der Trassenplanungen für den Stromtransport von Offshore-Windkraft nach Süddeutschland (*SuedLink* und *SuedOstLink*) und zweitens, Partizipationsformate im Kontext der gescheiterten Hamburger Olympiabewerbung.

1 Die Ausführungen zu Gerechtigkeitskonzeptionen und zur Partizipationskritik beziehen sich dabei im Wesentlichen auf die Zusammenführung von zwei Veröffentlichungen: Baasch (2020), *An interdisciplinary perspective on environmental justice: integrating subjective beliefs and perceptions* und den Beitrag von Baasch und Blöbaum (2017), *Umweltbezogene Partizipation als gesellschaftliche und methodische Herausforderung*.

2. Gerechtigkeitskonzepte im Kontext umweltbezogener Partizipation

Für eine strukturierte Betrachtung von Gerechtigkeit im Kontext umwelt- und klimabezogener Partizipation lassen sich zunächst drei Grundkonzepte von Umweltgerechtigkeit unterscheiden: *Verteilungsgerechtigkeit*, *Verfahrensgerechtigkeit* und *Anerkennungsgerechtigkeit*. Diese konzeptionelle Unterteilung ist dabei als relativ zu verstehen, in der Praxis finden sich durchaus Überschneidungen zwischen diesen drei Konzepten (Clayton/Opotow 2003). Für eine strukturierte Betrachtung von Gerechtigkeitsaspekten in Partizipationsprozessen ist eine konzeptionelle Unterscheidung dennoch sinnvoll.

Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich auf die Verteilung von Nutzen und Vorteilen gegenüber Kosten, Schäden oder Risiken und wird meist quantitativ erfasst. Beispiele hierfür sind das Ausmaß von Schadstoffbelastungen in Quartieren, insbesondere unter Berücksichtigung von sozialstrukturellen Faktoren (Walker 2012) oder auch die Frage nach einer gesellschaftlichen Verteilung von Kosten, Profiten und Entlastungen bei der Bewältigung von Krisen (bspw. Klimawandel, COVID19-Pandemie, Energiekrise). *Verfahrensgerechtigkeit* wird häufig als Voraussetzung für das Erreichen von Verteilungsgerechtigkeit definiert und normativ als breite, inklusive sowie demokratische Entscheidungsprozesse gerahmt (Walker 2012). *Anerkennungsgerechtigkeit* ist konzeptionell sehr eng mit Verfahrensgerechtigkeit verknüpft. Die gesonderte konzeptionelle Kategorisierung soll die herausragende Bedeutung von Ansprüchen und Interessen potenziell Betroffener hervorheben (Schlosberg 2004, 2007). Anerkennungsgerechtigkeit ist verbunden mit der Frage *Gerechtigkeit für wen (oder was)?* Damit einher geht die Frage nach der Gewichtung von Perspektiven, bspw. *Ist das Wohl Vieler wichtiger als das Wohl Einzelner?* Grundsätzlich zeigt sich hier, dass es *die* Gerechtigkeit in Umwelt- und Klimakontexten nicht gibt, sondern, dass stattdessen multiple und konfligierende Gerechtigkeitsaspekte und Gerechtigkeitsbewertungen gegeneinander abgewogen und gegebenenfalls ausgehandelt werden müssen. Dabei ist es meist unmöglich, alle Gerechtigkeitsanliegen gleichzeitig zu erfüllen (Clayton 2000). Anerkennungsgerechtigkeit bezieht sich konzeptionell nicht nur auf unmittelbar heute betroffene Personen oder Personengruppen, sondern kann auch Interessen und Ansprüche zukünftiger Generationen umfassen, was bspw. im Kontext von Klimawandel, Biodiversität, Ressourcenverbrauch und nachhaltiger Entwicklung von zentraler Bedeutung ist. Des Weiteren kann der Fokus auch über den ausschließlich anthropozentrischen Blickwinkel hinausgehen und dabei die Perspekti-

ve auf (Erhaltungs- und Schonungs-)Interessen nicht-menschlicher Spezies oder Naturräume erweitern. Ein Beispiel hierfür ist eine zunehmende Anerkennung von Naturräumen als eigenständiges Rechtssubjekt, häufig unter Bezugnahme auf indigene Rechtsverständnisse, wie im Falle des *Whanganui River* (Neuseeland), dem 2017 die gleiche Rechtsstellung wie Personen zugesprochen wurde (Kramm 2020; MacArthur/Matthewman 2018). Die Anerkennung und Einbeziehung der Interessen zukünftiger Generationen und nicht-menschlicher Entitäten wirft dabei auch konzeptionell-methodische Fragen auf, wie deren Interessen und deren Wohlergehen berücksichtigt werden sollen, wenn sie sich nicht selbst artikulieren können.

Diese strukturelle Einteilung in unterschiedliche Gerechtigkeitskonzepte definiert allerdings nicht, was letztlich als gerecht oder ungerecht angesehen wird und worauf diese Bewertungen beruhen. Dieser Fragestellung wird im folgenden Abschnitt unter Bezug auf gerechtigkeitspsychologische Perspektiven vertieft nachgegangen.

3. Gerechtigkeit als subjektive Überzeugung und Bewertung

Aus gerechtigkeitspsychologischer Perspektive wird Gerechtigkeit als eine subjektive Überzeugung definiert, die mehr oder weniger gut begründet sein kann (Montada 2012). Eine objektive oder objektivierbare Gerechtigkeit kann es aus dieser Sichtweise nicht geben, denn

»[...] allgemein anerkannte Wahrheiten über Gerechtigkeit – suggeriert durch die ausschließliche Verwendung des Singulars *die Gerechtigkeit* – können weder empirisch noch normativ identifiziert werden. Was wahr ist oder nicht, kann nicht objektiv entschieden werden, es ist eine Frage subjektiver Überzeugungen [eigene Übersetzung²].« (Montada 2012: 9)

Diese subjektiven Gerechtigkeitsüberzeugungen sind im Kontext von (Umwelt-)Verhalten von zentraler Bedeutung sowohl für die Bewertung von Entscheidungen und Handlungen anderer als auch für das eigene Handeln (Montada/Kals 2000; Montada 2012). Aus diesem Blickwinkel stellt sich also

2 »[...] generally approved truths about justice – suggested by the exclusive use of the singular *the justice* – cannot be identified, neither empirically, nor normatively. What is true or not cannot be decided objectively it is a matter of subjective convictions [Herv.i.O.].« (Montada 2012: 9)

nicht die Frage *Was ist (un-)gerecht?*, sondern stattdessen wird danach gefragt: *Was wird als (un-)gerecht bewertet?* Gerechtigkeit wird dabei als ein formbares und fluides Konstrukt verstanden, welches allerdings durchaus als objektiv empfunden werden kann (Clayton/Opotow 2003). Subjektive Gerechtigkeit lässt sich als ein abstraktes System von Normen und Überzeugungen beschreiben, das eine angemessene Beziehung zwischen Menschen und ihren Schicksalen herstellt. Gerechtigkeitsbewertungen spielen daher eine zentrale Rolle bei der Entstehung von sozialen Konflikten. Auf formeller Ebene wird diese Beziehung durch Gesetze und rechtliche Verfahren operationalisiert sowie auf gesellschaftlicher Ebene durch kulturelle Normen, Werte und Moralvorstellungen und deren Interpretationen auf sozialer und individueller Ebene bestimmt (Clayton/Opotow 2003). Die Bedeutung von Gerechtigkeit ist grundsätzlich universell. Die Ansichten darüber, was im Einzelnen als gerecht oder ungerecht bewertet wird, können sich allerdings deutlich unterscheiden und sind vor allem stark durch unterschiedliche kulturelle Normen und Moralvorstellungen geprägt (Montada 2012).

Das Streben nach Gerechtigkeit ist ein zentrales und eigenständiges Handlungsmotiv von Menschen, welches unabhängig von anderen Handlungsmotiven (insbesondere Eigeninteresse) existiert (Montada 2012). Eine Bewertung, ob etwas als gerecht oder ungerecht empfunden wird, ist damit nicht unmittelbar abhängig vom eigenen Vorteil oder Nutzen. Diese auf empirischen Befunden beruhende Perspektive (Devine-Wright 2012) widerspricht der in der Partizipationspraxis immer noch verbreiteten Vorstellung eines NIMBY-Effekts (*not in my backyard*), der lokalen Widerstände auf egoistische und meist monetäre Motive und Partikularinteressen zurückführt. Dabei geht es weniger um die Tatsache, dass es lokale Widerstände gibt, sondern vielmehr um eine Debattenkultur, in der lokale Widerstände undifferenziert als Partikularinteressen diskreditiert werden, während den geplanten Maßnahmen selbst ein vermeintlicher kollektiver Nutzen oder Mehrwehrt unterstellt wird. Der Widerstand oder die Ablehnung gegen Maßnahmen im eigenen Lebensumfeld lässt sich stattdessen auf eine Vielzahl von gerechtigkeitsbezogenen Aspekten zurückführen, die bspw. von wahrgenommenen Ungerechtigkeiten in Planungs- und Umsetzungsverfahren, ungleichen Machtverhältnissen oder auch stark emotionalen Faktoren wie die Sorge um den Verlust vertrauter und wertgeschätzter Umwelten beeinflusst werden.

4. Emotionen in Gerechtigkeitsbewertungen

Gerechtigkeitsbewertungen basieren immer auf gleichzeitig rationalen und emotionalen Abwägungsprozessen, wobei der Einfluss der emotionalen Aspekte lange Zeit auch im wissenschaftlichen Kontext stark unterschätzt wurde (Kals/Russel 2001). Emotionen beeinflussen die moralische Bewertung sowohl eigener als auch fremder Handlungen und sind ein wichtiges Bindeglied zwischen der Wahrnehmung von (Un-)Gerechtigkeit und dem eigenen Verhalten (Müller 2012). Wird ein Sachverhalt oder ein Verfahren als ungerecht bewertet, löst dies eine Vielzahl negativer Emotionen aus (bspw. Wut, Empörung, Schuldgefühle), wobei das jeweilige Ausmaß und die Stärke von komplexen sozialen und historischen Kontexten sowie von Persönlichkeitsfaktoren abhängen (Feather/McKee 2009). Generell ist Wut die vorherrschende Emotion, wenn sich jemand als Opfer von Ungerechtigkeit sieht, während Schuldgefühle dann auftreten, wenn man wissentlich und bewusst einen Vorteil durch Ungerechtigkeit erlangt (Thomas/Baumert/Schmitt 2012).

Grundsätzlich sind Umwelt- und Klimathemen immer auch emotionale Themen. Erleben bspw. Menschen unmittelbar Auswirkungen des Klimawandels, wie zunehmende extreme Wetterereignisse und erhebliche negative Veränderungen in ihrer lokalen Umgebung und identifizieren sie diese als Klimawandelfolgen, löst dies in der Regel Angst aus (Brügger et al. 2015). Diese Angst bezieht sich dabei auf unmittelbare materielle Bedrohungen, die den Betroffenen selbst oder den Menschen und Dingen, die ihnen lieb und teuer sind, physischen oder psychischen Schaden zugefügt haben oder kurz davorstehen, dies zu tun (Pain/Smith 2016). Der Begriff *Solastalgie* bezeichnet in diesem Zusammenhang das verursachte Leid und Bedauern, welches Menschen beim Verlust oder der Schädigung der Umwelt in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld empfinden (Albrecht et al. 2007). Mögliche Bewältigungsstrategien im Kontext solcher unmittelbaren Ängste bestehen in Versuchen, die realen Risiken zu vermeiden, ihnen auszuweichen oder sie zu beseitigen (Pain/Smith 2016). Darüber hinaus können aber auch unspezifische negative Emotionen entstehen, wie z.B. Klimaangst ohne spezifische persönliche Erfahrungen oder konkrete materielle Bedrohung, allein durch das Bewusstsein der Menschen für das Problem (Clayton 2020). So kann bspw. die Akzeptanz eines wissenschaftlich belegten Klimawandels und das Nachdenken über dieses Thema beunruhigende und unangenehme Gefühle auslösen (Norgaard 2011, 2019). Dies gilt insbesondere für Menschen in Ländern des ›globalen Nordens‹, deren Produktions- und Konsummuster einen Großteil der Klima-

emissionen verursachen bzw. verursacht haben, während die Auswirkungen des Klimawandels die Länder des ›globalen Südens‹ früher und stärker belasten. Das Wissen um die ungleiche und ungerechte Verteilung von Nutzen und Lasten im Kontext des Klimawandels ist daher eng mit komplexen negativen Emotionen wie Angst, Schuldgefühlen und Hilflosigkeit verbunden – unangenehme Gefühle, die auch zur Leugnung des Klimawandels führen können (Norgaard 2011; Ford/Norgaard 2019).

Die Stärke von Emotionen wird durch ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren beeinflusst. Beispielsweise zeigt eine ländervergleichende Fragebogenstudie von du Bray et al. (2017), wie sich das Zusammenwirken von Umweltgerechtigkeitsbewertungen, Solastalgie und ökonomische Vulnerabilität auf die Intensität von Emotionen auswirkt. Hierbei wurde deutlich, dass der Grad der physischen und wirtschaftlichen Verwundbarkeit sowie die Stärke der emotionalen Bindung an spezifische Orte einen erheblichen Einfluss auf die Emotionen zum Klimawandel haben. So äußerten Befragte aus London (UK), die im Rahmen der Studie die vergleichsweise höchste ökonomische Anpassungsfähigkeit und die geringste Vulnerabilität aufwiesen, überwiegend neutrale Emotionen in Bezug auf erwartete Klimawandelfolgen an ihrem Wohnort. Im Gegensatz dazu wurde der höchste Grad von Betroffenheit von Bewohner:innen der Fiji-Inseln geäußert, die in der Fragebogenstudie die am stärksten vom Klimawandel betroffene Gruppe mit der geringsten ökonomischen Anpassungsfähigkeit war. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass sowohl die Wahrnehmung von Umweltungerechtigkeit als auch eine starke emotionale Bindung an bestimmte Orte, vor allem aufgrund einer engen sozioökonomischen Abhängigkeit von der natürlichen Umgebung, die Intensität der emotionalen Belastung beeinflussen.

Solche emotionalen Aspekte von Gerechtigkeitsbewertungen sind auch im Hinblick auf Beteiligungsverfahren von erheblicher Bedeutung. Wahrgenommene Ungerechtigkeiten können auch hier starke Emotionen auslösen und sich negativ auf Beteiligungsprozesse oder Verhandlungen auswirken, indem sie bspw. zu einer Verhärtung von Konflikten und einer Verweigerung von kooperativem Handeln führen (Müller 2012).

5. Partizipationsformen in Umwelt- und Klimakontexten

Allgemein lässt sich Partizipation als die Beteiligung von Akteur:innen oder Akteursgruppen an Prozessen der Planung oder Meinungsbildung sowie der

Beteiligung an der Entwicklung von Lösungen definieren. In der Praxis findet sich ein breites Spektrum von Verfahren und methodischen Ansätzen mit unterschiedlicher Zielsetzung, Intensität und Reichweite, die von reiner Informationsbereitstellung bis zur Mitgestaltung von Prozessen reichen kann (Baasch/Blöbaum 2017). Hierbei lassen sich drei formale Kategorien von Partizipation unterscheiden:

Erstens, *formelle* und damit gesetzlich vorgeschriebene Formen der Öffentlichkeitsbeteiligungen. In solchen Verfahren geht es um Mitwirkungsrechte der Öffentlichkeit im Kontext von Genehmigungsverfahren oder Planaufstellungen, die gesetzlich durchgeführt werden müssen. Diese Form von Partizipation zeichnet sich durch verbindlich vorgegebene Verfahren aus, bei dem der Staat die »formal zugeschriebene Entscheidungskompetenz innehat« (Hafner 2013: 89).

Zweitens und in der Praxis am häufigsten anzutreffen sind *informelle*, also rechtlich und formal unverbindliche Beteiligungsverfahren, die mehr methodische Freiheiten und damit auch ein größeres Potenzial für die Mitgestaltung durch die Beteiligten aufweisen (Blöbaum/Matthies 2014). Diese informellen Beteiligungsverfahren sind besonders in Klima- und Umweltkontexten stark verbreitet. Häufig wird die Beteiligung hier von Akteur:innen aus Stadt- und Regionalplanung/-politik sowie im Kontext angewandter wissenschaftlicher Forschung initiiert. Informelle Partizipation weist ein umfangreiches Spektrum an Formaten und Methoden auf und kann von kurzen Informations- und Diskussionsveranstaltungen bis hin zu mehrtägigen Zukunftswerkstätten oder sogar mehrjährigen Reallaboren reichen. Ebenso heterogen wie die Formate und Methoden sind die in der Praxis anzutreffenden Partizipationsverständnisse. Hierbei bleibt es zumeist einzelnen Umsetzungsakteur:innen überlassen, wie Partizipation definiert wird, welche Prozesse initiiert werden, wer die Teilnehmenden auswählt und welche methodischen Ansätze verwendet werden (Baasch/Blöbaum 2017). Häufig sollen die eingesetzten Partizipationsverfahren als Lösungs- und Bewältigungsstrategien in potenziell konflikthafter Settings dienen und zu einer Erhöhung oder Schaffung von Akzeptanz und damit zur Verbesserung von Umsetzungschancen geplanter Vorhaben beitragen – dies gilt nicht nur für politische und planerische, sondern zumeist auch für angewandte wissenschaftliche Kontexte (Walk 2013).

In die dritte Kategorie *unkonventionelle* Partizipationsformen (de Nève/Olteanu 2013) fällt ebenfalls ein breites Spektrum, allerdings von zumeist selbstermächtigten Beteiligungen und Meinungsäußerungen. Diese reichen

von politischen Graffitis über Protestaktionen (z.B. *Fridays for Future* Klimastreiks, *Critical Mass* Fahrraddemonstrationen) bis hin zu weitreichenderen Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie Straßenblockaden (bspw. Aktionsformen der Gruppe *Letzte Generation*, bei denen Aktivist:innen aus Protest gegen die aus ihrer Sicht zu wenig ambitionierte Klimapolitik automobilen Straßenverkehr blockieren) oder unterschiedliche Formen räumlicher Aneignungen wie Baum-, Land- und Hausbesetzungen.

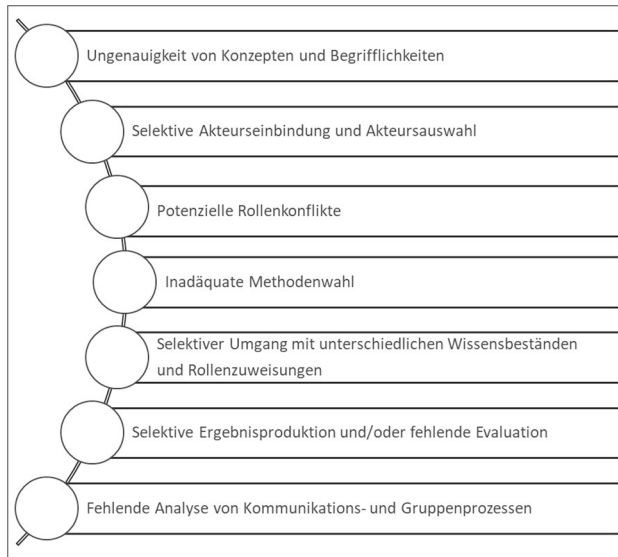
Der Fokus in diesem Beitrag liegt auf der zweiten Kategorie der informellen Beteiligungsprozesse, wie sie im Kontext von Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik und -planung (z.B. Regional- und Stadtplanung, Errichtung von erneuerbaren-Energien-Anlagen, Maßnahmen zur Anpassung an Klimawandel bzw. Klimaschutz) und von politischen Akteur:innen oder Fachleuten (z.B. aus der Stadt- und Raumplanung) oder im Kontext angewandter wissenschaftlicher Forschungsprojekt initiiert werden (Baasch 2020; Baasch/Blöbaum 2017; Thorpe 2017).

6. Zentrale Kritikpunkte an Partizipationsverfahren

Der »Partizipationsboom« (Walk 2013: 24) der letzten Jahrzehnte hat auch zu einer intensiven kritischen Auseinandersetzung, insbesondere aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, geführt. Dabei lassen sich drei Hauptströmungen differenzieren: fundamentale Kritik, herrschafts- und machtkritische Perspektiven und Methodenkritik (Baasch/Blöbaum 2017).

Fundamentale Kritikansätze stellen grundsätzlich die Legitimität von partizipativen Verfahren in Frage und verweisen insbesondere darauf, dass die Teilnehmenden in solchen Prozessen nicht demokratisch legitimiert sind. Statt zu einem Mehr an Demokratie beizutragen, können Partizipationsprozesse daher das Gegenteil bewirken, nämlich zu einer »Aushöhlung der repräsentativen Demokratie« beitragen (Alcántara et al. 2016: 14). Ein weiterer Kritikanatz fokussiert auf post-politische bzw. postdemokratische Aushandlungsprozesse, in denen Politikgestaltung auf selektiver Einbeziehung von Interessengruppen beruht und nicht auf politischen Debatten (Crouch 2008). Dies findet sich auch im Kontext von Klimapolitik wieder, bei dem selektive akteursbasierte Arrangements von staatlichen mit anderen ausgewählten Akteur:innen (wie Expert:innen, NGOs) institutionell ausgehandelt werden, wobei es zu einer Verdrängung von radikalem Dissens und Kritik aus der politischen Arena kommt (Swyngedouw 2010, 2013).

Abb. 1: Kritikpunkte an Partizipationsprozessen



Bildquelle: Baasch/Blöbaum 2017: 19

Aus *herrschafts- und machtkritischer Perspektive* wird insbesondere der Missbrauch partizipativer Prozesse als Manipulation hervorgehoben. Hierzu zählt vor allem die Kritik an Scheinpartizipation ohne tatsächliche Einflussmöglichkeit und nachträgliche Akzeptanz(be)schaffung für bereits geplante Vorhaben (Selle 2014; Walk/Müller/Rucht 2015). Einen weiteren Kritikpunkt formuliert die Stadtsoziologin Susan Fainstein in ihrer Reflektion über die *gerechte Stadt*: Dabei bezieht sie sich kritisch auf das normative Ideal der deliberativen Demokratie, dass jede Meinung im Prozess gehört und keine bestimmte Gruppe privilegiert werden sollte. Fainstein lehnt diese Zielsetzung nicht ab, hält sie aber aufgrund der bestehenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten und damit unterschiedlichen Machtverhältnissen für nicht realisierbar (Fainstein 2010). Des Weiteren seien rein kommunikative Prozesse nicht zielführend, sondern es brauche für die Umsetzung von Veränderungen auch Führung und Mobilisierung von Macht (Fainstein 2010).

Neben dieser Kritik an den Rahmenbedingungen und Funktionen von Partizipation ist auch die Konzeption und Durchführung von Beteiligungsverfahren aus *konzeptioneller-methodischer Perspektive* oft Gegenstand kritischer Aus-

einandersetzungen, die unmittelbar auch mit Fragen nach Gerechtigkeit verknüpft sind. Die Art und Weise, wie Beteiligungsprozesse konzipiert werden und wieviel Gestaltungsraum sie den Beteiligten dabei ermöglichen, entscheidet darüber, ob Lernprozesse angestoßen werden können und ob es im Partizipationsprozess grundsätzlich möglich wird, zivilgesellschaftliches Wissen in Lösungsvorschläge für gesellschaftliche Probleme einfließen zu lassen (Kropp 2013). Abbildung 1 zeigt die zentralen Punkte sozialwissenschaftlicher Methodenkritik (Baasch/Blöbaum 2017), die im Anschluss komprimiert vorgestellt werden:

Der Kritikpunkt *Ungenauigkeit von Konzepten und Begrifflichkeiten* bezieht sich sowohl auf Partizipationsverfahren selbst als auch auf anwendungsbezogene Handreichungen zur Durchführung solcher Beteiligungsverfahren, bei denen Schlüsselbegriffe (wie Transparenz und Gerechtigkeit) und Gestaltungsmerkmale (wie die Verbindlichkeit von erzielten Ergebnissen) nicht oder zu vage definiert werden und damit Raum für sehr unterschiedliche Erwartungen und Interpretationen lassen. Werden Erwartungen im Beteiligungsverfahren enttäuscht, kann dies als eine Verletzung von Verfahrensgerechtigkeit interpretiert werden.

Die *Selektive Akteurseinbindung und Akteursauswahl* ist die zentrale Frage von Anerkennungsgerechtigkeit und verknüpft mit der Frage nach Inklusion oder Exklusion sozialer Gruppen (Alcántara et al. 2016). Eine Selektion kann sowohl zufällig als auch beabsichtigt erfolgen. Ein Beispiel für eine beabsichtigte Selektion sind (forschungs-)strategische Auswahlkriterien, bei denen Akteur:innen oder Stakeholder:innen eher danach ausgewählt werden, ob sie zu erfolgreichen Partizipationsprozessen beitragen können, während die Vollständigkeit der Akteursauswahl nachrangig berücksichtigt wird (Knieling/Roßnagel/Schlipf 2015). Die Kritik an einer selektiven Einbindung von Akteur:innen und ihren Positionen ist keineswegs neu. Bereits in ihrem vielzitierten Aufsatz *A ladder of citizen participation* kritisierte Sherry Arnstein (1969) den manipulativen Umgang mit sozial Marginalisierten in Beteiligungsverfahren.

Potenzielle Rollenkonflikte der beteiligten Akteur:innen treten auf, wenn Akteur:innen Beteiligungsverfahren initiieren und durchführen und dabei gleichzeitig ein Interesse an spezifischen Prozessergebnissen haben (wie Konfliktminimierung in Planungsverfahren, Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen). Weitere Rollenkonflikte können entstehen, wenn Akteur:innen in einem Beteiligungsverfahren parallel mehrere Rollen einnehmen, bspw. gleichzeitig für die Konzeption, Moderation und Ergebnisproduktion verantwortlich sind. Solche Rollenvielfalt ist in auch in wissenschaftlichen Kontexten

nicht unüblich, kann aber problematische Auswirkungen auf die Verfahrensgerechtigkeit haben (bspw. einer selektiven Einbeziehung von Positionen).

Eine *inadäquate Methodenauswahl* kann sich auf alle drei Gerechtigkeitskonzepte beziehen, je nachdem, ob die Methoden für die beteiligten Personen (Anerkennungsgerechtigkeit), für das Erreichen einer gerechten Verteilung oder für die Durchführung eines fairen Verfahrens unangemessen sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Methoden ist dabei zentral für einen effizienten und zielführenden Prozess (Walk 2013). Besonders relevant ist hierbei auch eine Sensibilität in Bezug auf soziale Machtungleichheiten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Partizipationsprozesse von denjenigen dominiert werden, die über größere Ressourcen in Bezug auf Kommunikation, über bessere soziale oder politische Vernetzung oder mehr Erfahrungen in Entscheidungsprozessen verfügen (Few/Brown/Tomkins 2007). In der Praxis finden sich allerdings oft *one-fits-all* Partizipationsansätze, vor allem Gruppenverfahren und Diskussionsveranstaltungen, die eben nicht für alle Zielgruppen gleichermaßen geeignet sind, da sie u.a. spezifische Artikulationsfähigkeiten und Zeitressourcen voraussetzen (Baasch/Blöbaum 2017).

Ein *selektiver Umgang mit unterschiedlichen Wissensgrundlagen und Rollenzuweisungen* findet sich häufig, wenn in Partizipationsprozessen ›Expert:innen‹ und ›Laien‹ aufeinander treffen und deren Wissensbestände und Fachexpertisen unterschiedlich gewichtet in die Ergebnisproduktion einbezogen werden. So wird beteiligten Bürger:innen in Partizipationsverfahren oft keine eigene Fachexpertise zugestanden, sondern lediglich lokales Wissen abgefragt (Kropp 2013).

Der Kritikpunkt *selektive Produktion von Ergebnissen und fehlende Evaluationen* bezieht sich vor allem auf eine meist fehlende Mitformulierung und kritische Überprüfung von Ergebnissen durch die Teilnehmenden und das Fehlen externer wissenschaftlich fundierter Evaluation von Beteiligungsverfahren (Selle 2014; Walk/Müller/Rucht 2015).

Auch psychologische Aspekte von Gruppen- und Kommunikationsprozessen können die Ergebnisproduktion stark beeinflussen, werden aber kaum methodisch in Beteiligungsverfahren berücksichtigt. Diese *fehlende Analyse von Kommunikation und Gruppenprozessen* erschwert die Nachvollziehbarkeit der erzielten Ergebnisse (Baasch/Blöbaum 2017).

7. Die Rolle von Gerechtigkeit in umweltbezogenen Partizipationsverfahren

Grundsätzlich werden in umwelt- und klimabezogenen Partizipationsprozessen Gerechtigkeitsfragen nur selten direkt oder systematisch differenziert adressiert (Baasch/Blöbaum 2017). Auch in der öffentlichen Debatte wird Gerechtigkeit als Leerstelle, d.h. vor allem die Abwesenheit von Gerechtigkeitsaspekten (wie Fairness, Gleichheit, Gleichberechtigung), thematisiert (Syme 2012).

Wie zuvor erwähnt, fokussieren Beteiligungsverfahren zumeist auf sehr konkreten Sachverhalten, wobei oft Planungsgegenstände (Ausbau von Hochspannungsleitungen, Maßnahmen der Quartiersentwicklungen) im Zentrum stehen. Größere Zusammenhänge und Wechselwirkungen mit anderen Vorhaben und Planungen oder auch historische Aspekte (wie vorangegangene Planungen oder Partizipationserfahrungen) werden dabei meist außer Acht gelassen. Dieser enge Fokus kann dabei auch wichtige Gerechtigkeitsaspekte und Konfliktpotenziale ausblenden oder übersehen, was sich an folgenden Beispielen verdeutlichen lässt. Das Folgende aus dem Kontext Energiewende bezieht sich auf Auseinandersetzungen um die Errichtung von Hochspannungsleitungen zum Transport norddeutscher Offshore-Windenergie nach Süddeutschland (*SuedLink* und *SuedOstLink*). Bei der Planung der Trassenführungen wurden umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt, in denen Anwohner:innen die Möglichkeit zur Stellungnahme bekommen sollten. Dabei bezogen sich die Partizipationsverfahren auf die Planungen von Trassenführungen und wurden darüber hinaus vom zukünftigen Netzbetreiber selbst initiiert und durchgeführt. In ihrer Analyse zur Akzeptanz des Netzausbaus konnten Krack, Köppel und Samweber (2017) mehrere Kritikpunkte aufzeigen, die sich als Verfahrensgerechtigkeitskonflikte in den Beteiligungsverfahren identifizieren lassen. Im Zentrum der Kritik steht dabei die als *Lobbyismuskonstrukt* wahrgenommene Verknüpfung zwischen Netzbetreiber, Bundesnetzagentur und Politik: »Auffällig ist hierbei, dass die Gesprächsteilnehmer nicht in vorderster Linie den Leitungsbau an sich kritisieren, sondern das dahinterstehende System der Planungs- und Politikakteure.« (Krack/Köppel/Samweber 2017: 103) Weitere prozedurale Kritikpunkte waren u.a. mangelnde Transparenzkriterien für Entscheidungen über Trassenverläufe und die generelle Kritik an einer fehlenden Beteiligung bei der grundsätzlichen Entscheidungsabwägung über die Notwendigkeit eines Netzausbaus. Als Aspekte von Verteilungsgerechtigkeit wurden u.a. Ungleichverteilungen

von Kosten (für die Bürger:innen) und Nutzen (für die Energiekonzerne/Netzbetreiber) thematisiert (Krack/Köppel/Samweber 2017).

Bislang wird der Wissens- und Faktenvermittlung in Beteiligungsverfahren, insbesondere auch durch die Einbeziehung von Fachexpert:innen, ein großer Stellenwert eingeräumt und gilt häufig immer noch als Garant für »richtige« und rationale und faktenbasierte Entscheidungsfindungen. Doch auch Entscheidungen, die formal korrekt, d.h. die im Rahmen legaler, demokratischer Verfahren getroffen wurden, müssen nicht zwangsläufig auch als fair empfunden werden. Streicher, Frey und Osswald (2012) verweisen hier u.a. auf das Beispiel *Stuttgart 21* und die massiven Proteste gegen den Umbau des dortigen Hauptbahnhofs. Ein weiteres prominentes Beispiel aus dem Kontext Stadtentwicklung ist die Ablehnung der Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2024 in dem 2015 durchgeführten Bürgerschaftsreferendum, einem eigens für diesen Zweck eingeführten Beteiligungsverfahren, bei dem knapp 50 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Das Bürgerschaftsreferendum ist eine Art Volksentscheid, welcher allerdings *top-down* initiiert wird:

»Mit dem Bürgerschaftsreferendum kann die Bürgerschaft auf Vorschlag oder mit Zustimmung des Senats einen Gesetzentwurf oder eine andere politische Frage von grundsätzlicher und gesamtstädtischer Bedeutung dem Volk zur Abstimmung stellen.« (§ 50 Abs. 4b HV)

51,6 % stimmten gegen eine Bewerbung – zur großen Überraschung der Befürworter:innen und des Hamburger Senats (Baasch 2017), denn der Kreis der Unterstützer:innen war nicht nur äußerst umfangreich (fast alle Parteien der Hamburger Bürgerschaft, ein großer Teil der ortsansässigen Unternehmen, fast alle Medien und prominente Sportler:innen), sondern auch sehr viel professioneller organisiert. Im öffentlichen Raum wurde die Hamburger Bewerbung mit umfangreichen Marketingmaßnahmen beworben, bspw. mit einer fast flächendeckenden Sichtbarkeit des Bewerbungslogos *Feuer und Flamme für Spiele in Hamburg* im öffentlichen Nahverkehr (Baasch 2017). Im Vorwege des Referendums wurde ein Vielzahl von Dialogveranstaltungen, Bürgerwerkstätten und -versammlungen sowie Diskussionsabende organisiert und durchgeführt, die jedoch von olympiakritischen Akteur:innen aus Perspektive der *Verfahrensgerechtigkeit* als inszenierte Akzeptanzbeschaffung wahrgenommen wurde, statt als ergebnisoffener Beteiligungsansatz (Brand 2017). Eine der Ursachen für die Ablehnung der Olympiabewerbung

im Referendum wird in der mangelhaften Partizipationsqualität im Kontext der Bewerbungsvorbereitung gesehen, die sich u.a. in einer stark selektiven Auswahl von Akteur:innen und der Abwiegung kritischer Positionen auf Dialog- und Diskussionsveranstaltungen äußerte. Diese Partizipationsverfahren wurden von olympiakritischen und auch wissenschaftlichen Akteur:innen als inszenierte Akzeptanzbeschaffung wahrgenommen, was zu einer erheblichen Konfliktverschärfung führte (Brand 2017). Kritische Positionen im Vorfeld des Bürgerschaftsreferendums verwendeten *selbstermächtigende Partizipationsformen*, wie bspw. ein Positionspapier von wissenschaftlichen Akteur:innen der Hamburger Stadt-, Umwelt- und Sicherheitsforschung, welches u.a. Kritik an Umwelt- und Klimafolgen, unkalkulierbare Kosten und Gefahren sozialer Verdrängung übte und auch in den Hamburger Medien Beachtung fand (Baasch 2017). Darüber hinaus veröffentlichten weitere Hamburger Organisationen und Vereine (u.a. der Mieterverein Mieter helfen Mieter e.V., Umweltschutzverbände) kritische Pressemitteilungen. Auch Formen *unkonventioneller Partizipation* wurden im Stadtbild sichtbar, vor allem durch olympiakritische Aufkleber des *NOlympianetzwerks* im öffentlichen Raum.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Beteiligungsverfahren nicht per se zu höherer Akzeptanz oder zu einer Konfliktreduzierung beitragen, sondern dass die Ausgestaltung von partizipativen Prozessen und deren methodische Qualität ausschlaggebend ist. Entscheidend ist dabei, wie Beteiligungsprozesse konzipiert werden und wieviel Gestaltungsraum sie den Beteiligten dabei ermöglichen. Ein wesentliches Element ist hierbei auch eine Verständigung über Gerechtigkeitsaspekte:

»Wenn wir uns darüber im Klaren sind, was unsere Gerechtigkeitsprinzipien sind, und wenn wir darauf achten, wie unsere formellen und informellen Institutionen bei der Umsetzung funktionieren, haben wir eine größere Chance, adaptives Lernen und Resilienz auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zu schaffen und so zumindest einen Teil des Konfliktpotenzials zu vermeiden [eigene Übersetzung³].« (Syme 2012: 284)

3 »By being clear about what our justice principles are and by paying attention to how our formal and informal institutions function in endeavoring to deliver it, we have more of a chance of creating adaptive learning and resilience at local, regional, and international levels and thus avoiding at least some of the potential conflict.« (Syme 2012: 284)

Aus normativer Perspektive sollten Partizipationsprozesse weder Selbstzweck noch Mittel zur erleichterten Umsetzung von Vorhaben oder Akzeptanzbeschaffungsmaßnahmen sein, sondern sich stattdessen an einer Zielsetzung orientieren, bei der eine gerechte Einbeziehung der unterschiedlichen Interessen im Mittelpunkt steht (Fainstein 2010)⁴. Als gerechtigkeitssensible Rahmung für solche Partizipationsprozesse bieten sich die von Susan Fainstein im Kontext gerechter Stadtplanung vorgeschlagenen drei Qualitätsmerkmale an: *Gleichheit* (im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit), *Diversität* (als Anerkennung kultureller und sozialer Unterschiede im Sinne von Anerkennungsgerechtigkeit) und *Demokratie* (als partizipative Einbeziehung von Betroffenen). Das Verständnis von *Gleichheit* ist dabei von Rawls Differenzprinzip geprägt und bezieht sich auf eine gerechtere Verteilung von materiellen und nicht-materiellen Vorteilen. Zentral ist dabei, dass im Prozess nicht diejenigen zusätzlich begünstigt werden, die ohnehin schon bessergestellt sind. Ungleichheiten sollten nur dann zugelassen werden, wenn hierdurch gesellschaftlich marginalisierte Personen oder Gruppen bessergestellt werden (Fainstein 2010). *Diversität* zielt auf den kontextgerechten Umgang mit unterschiedlichen oder widersprüchlichen Interessen und berücksichtigt dabei soziale Beziehungen, physische Umwelt und auch politische Zielsetzungen. *Demokratie* als zentraler Bestandteil gerechtigkeitssensibler Beteiligungsprozesse zielt auf eine angemessene Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven und Bedürfnisse. Dabei wird davon ausgegangen, dass grundsätzlich alle Akteur:innen im Prozess auch Eigeninteressen vertreten (Bürger:innen ebenso wie wissenschaftliche Akteur:innen oder Fachexpert:innen) und dass kein:e Akteur:in alle Aspekte und Perspektiven allein überblicken kann.

Aufgrund der Vielzahl an methodischen Ansätzen und Formaten lassen sich keine allgemeingültigen konkreten methodischen Gestaltungsaspekte formulieren. Allerdings verweisen die hier vorgestellten Beispiele und Kritikpunkte darauf, dass für gerechtigkeitssensiblere Partizipationsverfahren eine direkte Thematisierung von Gerechtigkeitsbewertungen in den Verfahren erforderlich ist, um multiple und auch konfligierende Bewertungen offenzulegen und gegebenenfalls auszuhandeln. Hierbei sind sowohl emotionale Bewertungsgrundlagen wie auch kontextspezifische räumlich-zeitliche Aspekte wichtige und interagierende Einflussfaktoren.

4 »The purpose of inclusion in decision making should be to have interests fairly represented, not to value participation in and of itself.« (Fainstein 2010: 175)

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Glenn/Sartore, Gina-Maree/Connor, Linda/Higginbotham, Nick/Freeman, Sonia/Kelly, Brian/Stain, Helen/Tonna, Anne/Pollard, Georgia (2007): »Solastalgia: the distress caused by environmental change«, in: *Australasian Psychiatry* 15(1), S. 95–98.
- Alcántara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2016): *Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*, Wiesbaden: Springer.
- Arnstein, Sherry (1969): »A ladder of citizen participation«, in: *Journal of the American Institute of Planners* 35(4), S. 216–224.
- Baasch, Stefanie (2017): »Partizipationsverständnisse im Bewerbungsprozess um die Olympischen Sommerspiele 2024 in Hamburg«, in: Andreas Hebbel-Seeger/Thomas Horky/Hans-Jürgen Schulke/Jörg Förster (Hg.), *Sport Und Stadtentwicklung: 16. Internationaler Hamburger Kongress Für Sport, Ökonomie Und Medien*, Aachen: Meyer & Meyer, S. 240–258.
- Baasch, Stefanie (2020): »An interdisciplinary perspective on environmental justice: integrating subjective beliefs and perceptions«, in: *DIE ERDE – Journal of the Geographical Society of Berlin* 151(2-3), S. 77–89.
- Baasch, Stefanie/Blöbaum, Anke (2017): »Umweltbezogene Partizipation als gesellschaftliche und methodische Herausforderung«, in: *Umweltpsychologie* 21(2), S. 11–33.
- Blöbaum, Anke/Matthies, Ellen (2014): »Motivationale Barrieren für das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in formellen Beteiligungsverfahren«, in: *Natur und Landschaft* 89, S. 259–263.
- Brand, Alexander (2017): »Keine Olympischen Spiele mehr in Deutschland? Kosten, Nutzen und (inszenierte) Bürgerbeteiligung«, in: Andreas Hebbel-Seeger/Thomas Horky/Hans-Jürgen Schulke/Jörg Förster (Hg.), *Sport Und Stadtentwicklung: 16. Internationaler Hamburger Kongress Für Sport, Ökonomie Und Medien*, Aachen: Meyer & Meyer, S. 16–33.
- Du Bray, Margaret/Wutich, Amber/Larson, Kelli L./White, Dave D./Brewis, Alexandra (2017): »Emotion, Coping, and Climate Change in Island Nations: Implications for Environmental Justice«, in: *Environmental Justice* 10, S. 102–107.
- Brügger, Adrian/Dessai, Suraje/Devine-Wright, Patrick/Morton, Thomas A./Pidgeon, Nicholas F. (2015): »Psychological responses to the proximity of climate change«, in: *Nature Climate Change* 5, S. 1031–1037.

- Clayton, Susan (2000): »Models of justice in the environmental debate«, in: *Journal of Social Issues* 56(3), S. 459–474.
- Clayton, Susan (2020): »Climate anxiety: Psychological responses to climate change«, in: *Journal of Anxiety Disorders* 74, S. 1–7.
- Clayton, Susan/Opotow, Susan (2003): »Justice and identity: Changing perspectives on what is fair«, in: *Personality and Social Psychology Review* 7(4), S. 298–310.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Devine-Wright, Patrick (2012): »Explaining »NIMBY« objections to a power line: The role of personal, place attachment and project-related factors«, in: *Environment and Behavior* 45(6), S. 761–781.
- Fainstein, Susan S. (2010): *Just City*, Ithaca: Cornell University Press.
- Feather, Norman T./McKee, Ian R. (2009): »Differentiating emotions in relation to deserved or undeserved outcomes: A retrospective study of real-life events«, in: *Cognition and Emotion* 23, S. 955–977.
- Few, Roger/Brown, Katrina/Tompkins, Emma L. (2007): »Public participation and climate change adaptation: Avoiding the illusion of inclusion«, in: *Climate Policy* 7(1), S. 46–59.
- Ford, Allison/Norgaard, Kari Marie (2019): »From denial to resistance. How emotions and culture shape our responses to climate change«, in: Giuseppe Feola/Hilary Geoghegan/Alex Arnall (Hg.), *Climate and culture. Multidisciplinary perspectives on a warming world*, Cambridge/USA: University Press.
- Hafner, Simone (2013): »Anpassung an die Folgen des Klimawandels durch Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verwaltungsverfahren?«, in: Andrea Knierim/Stefanie Baasch/Manuel Gottschick (Hg.), *Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung*, München: oekom, S. 83–100.
- Kals, Elisabeth/Russell, Yvonne (2001): »Individual conceptions of justice and their potential for explaining proenvironmental decision making«, in: *Social Justice Research* 14(4), S. 367–403.
- Knieling, Jörg/Roßnagel, Alexander/Schlipf, Sonja (2015): »Visionäre Strategien, lernende Netzwerke, kreative Regelungsarrangements. Erkenntnisse zur Governance der Klimaanpassung aus der Forschungsinitiative KLIM-ZUG«, in: Jörg Knieling/Alexander Roßnagel (Hg.), *Governance der Klimaanpassung. Akteure, Organisation und Instrumente für Stadt und Region*, München: oekom, S. 419–434.

- Krack, Juri/Köppel, Simon/Samweber, Florian (2017): »Die Akzeptanz des Netzausbaus in Deutschland«, in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 67, S. 101–107.
- Kramm, Matthias (2020): »When a river becomes a person«, in: *Journal of Human Development and Capabilities* 21(4), S. 307–319.
- Kropp, Cordula (2013): »Demokratische Planung in der Klimaanpassung? Über die Fallstricke partizipativer Verfahren im expertokratischen Staat«, in: Andrea Knierim/Stefanie Baasch/Manuel Gottschick (Hg.), *Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung*, München: oekom, S. 55–74.
- MacArthur, Julie/Matthewman, Steve (2018): »Populist resistance and alternative transitions: Indigenous ownership of energy infrastructure in Aotearoa New Zealand«, in: *Energy Research & Social Science* 43, S. 16–24.
- Montada, Leo (2012): »The normative impact of empirical justice research«, in: Elisabeth Kals/Jürgen Maes (Hg.), *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*, Heidelberg: Springer, S. 3–19.
- Montada, Leo/Kals, Elisabeth (2000): »Political implications of psychological research on ecological justice and proenvironmental behaviour«, in: *International Journal of Psychology* 35(2), S. 168–176.
- Müller, Markus M. (2012): »Justice as a Framework for the Solution of Environmental Conflicts«, in: Elisabeth Kals/Jürgen Maes (Hg.), *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*, Heidelberg: Springer, S. 239–250.
- De Nève, Dorothee/Olteanu, Tina (2013): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, Opladen: Budrich.
- Norgaard, Kari Marie (2011): *Living in denial. Climate change, emotions, and everyday life*, Cambridge: MIT Press.
- Norgaard, Kari Marie (2019): »Making sense of the spectrum of climate denial«, in: *Critical Policy Studies* 13(4), S. 437–441.
- Pain, Rachel/Smith, Susan J. (2016): *Fear, critical geopolitics and everyday life* (2. Aufl.), London: Routledge.
- Schlosberg, David (2004): »Reconceiving environmental justice: global movements and political theories«, in: *Environmental Politics* 13(3), S. 517–540.
- Schlosberg, David (2007): *Defining environmental justice: Theories, movements and nature*, Oxford: University Press.
- Selle, Klaus (2014): *Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte* (2. Aufl.), Lemgo: Rohn.

- Streicher, Bernhard/Frey, Dieter/Osswald, Silvia (2012): »Forming fairness judgments: Why people favor unfair information«, in: Elisabeth Kals/Jürgen Maes (Hg.), *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*, Heidelberg: Springer, S. 185–198.
- Swyngedouw, Erik (2010): »Apocalypse forever? Post-political populism and the spectre of climate change«, in: *Theory, Culture & Society* 27(2-3), S. 213–232.
- Swyngedouw, Erik (2013): »Apocalypse now! Fear and doomsday pleasures«, in: *Capitalism Nature Socialism* 24(1), S. 9–18.
- Syme, Geoffrey (2012): »Justice and Environmental Decision Making«, in: Elisabeth Kals/Jürgen Maes (Hg.), *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*, Heidelberg: Springer, S. 283–298.
- Thomas, Nadine/Baumert, Anna/Schmitt, Manfred (2012): »Justice sensitivity as a risk and protective factor in social conflicts«, in: Elisabeth Kals/Jürgen Maes (Hg.), *Justice and conflicts. Theoretical and empirical contributions*, Heidelberg: Springer, S. 10–120.
- Thorpe, Amelia (2017): »Rethinking Participation, Rethinking Planning«, in: *Planning Theory & Practice* 18(4), S. 566–582.
- Vereinte Nationen (1992): »Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro: Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung«, URL: <https://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> [abgerufen am 10.09.2022].
- Walk, Heike (2013): »Herausforderungen für eine integrative Perspektive in der sozialwissenschaftlichen Klimafolgenforschung«, in: Andrea Knierim/Stefanie Baasch/Manuel Gottschick (Hg.), *Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung*, München: oekom, S. 21–35.
- Walk, Heike/Müller, Melanie/Rucht, Dieter (2015): *Prometheus. Menschen in sozialen Transformationen am Beispiel der Energiewende. Eine Literaturstudie im Auftrag der 100 Prozent erneuerbar stiftung*, Berlin: IPB, URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2022/08/Anderes_2015_Prometheus.pdf [abgerufen am: 10.09.2022].
- Walker, Gordon (2012): *Environmental Justice. Concepts, evidence and politics*, London: Routledge.